

Diese Mitteilung erreichte uns heute am 24.08.2016, die wir mit unseren Lesern/Zuchauern/Nutzern teilen möchten:

ERINNERUNG! Verhandlung wegen angeblichem VERSUCH DES BETRUGES / Verwendung von "Schecks"/LLTs der WeRe-Bank UNIVERSAL ENERGY TRANSFER

Liebe Freunde,

am kommenden Montag, <u>dem 29.08.2016 um 09:30 Uhr findet in Ravensburg am Landgericht, Marienplatz 7, 1. OG Saal 2/ 1.OG</u> der Fortsetzungstermin der Berufungsverhandlung statt, in dem es um die Nutzung der LLTs von der WeRe-Bank geht. **Vorwurf wegen Versuch des Betruges.**

Vorsitzenden Richter wird erneut sein Axel Müller

Anwesend sein wird auch die Presse, namentlich **Robin Halle, Redakteur des "Südfinders"**,

Hier nochmals der lancierte Bericht nach dem ersten Teil des Verfahrens http://www.suedfinder.de/cms_media/modul...0810_IN_IRV.pdf

Weiterhin wird anwesend sein "Peter of England" selbst, Initiator der WeRe-Bank, der extra aus Manchester dafür anreisen wird.

und NEIN, er wird dafür kein Geld "verprassen" für FirstClass-Tickets oder so, wie immer wieder gestichelt wird ...

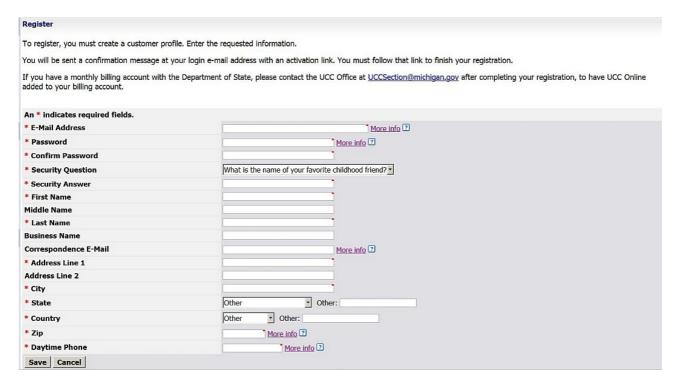
Wir versuchen auch, jemanden dabei zu haben, der die Vorgänge vor dem Gericht, also vor und nach der Verhandlung, aufzeichnen wird. Damit ist nicht gemeint, IM Gerichtssaal. Sollte jemand eine gute Filmausrüstung zur Verfügung und gute Kenntnisse im Filmen haben und am Montag dieses durchführen können, soll er sich bitte bei mir melden

Bitte teilt diese Information möglichst weitreichend. Es sollen nicht nur 35 Beobachter da sein, sondern ein Vielfaches davon.

Erneut eine ganz große Bitte an Euch ist, liebe Menschen, die uns dort besuchen werdet, seid wie beim ersten Mal diszipliniert und zeigt keinerlei Respektlosigkeit und unterlasst Bemerkungen, egal ob sie begründet wären oder nicht. Wir haben ein größeres Ziel

Anfang einer weitergeleiteten wichtigen investigativen Info:





Nochmals die "Malta-Masche" aufgewärmt

Immer wieder wird von mir der haarsträubende Unsinn kritisiert, dass jeder von jedem kopiert, abkupfert, plagiatisiert und wirklich alles - jeden Unsinn - ungeprüft verlinkt.

Nur der Bericht von rbb und den Reichsbürgern fällt etwas aus dem Rahmen. Aus verschiedenen Gründen:

- 1. rbb weigert sich Details und Fakten bekannt zu geben
- 2. ein organisiertes Reichsbürger-Netzwerk mit echten Namen, einen Ort und eine Ansprech-Adresse scheint es auch nicht zu geben. Ebensowenig emailadressen.
- 3. Auch ein "Inkassobüro" in Malta lässt sich nicht eruieren.
- 4. Derartiges kostet Start-Geld, das muss vorfinanziert werden. Jemand müsste in Malta 24 Stunden Dienst schieben.

Dazu wäre zu sagen: Die Idee deutsche (müsste auch für Österreich funktionieren)
Justizangehörige, Richter und Staatsanwälte mit Millionenforderungen einzudecken, ist zwar großartig. Die Masche müsste daher auch für die gesamte Regierungs-Regime Merkel funktionieren. Wir denken da besonders an die zahlreichen Holocaust -Leugner und Revisionisten, welche in Österreich auf Grund menschenrechtswidriger, sittenwidriger, grundgesetzwidriger und verfassungswidriger Offenkundigkeits-Holokeule bis zu 15 Jahren Kerkerhaft verurteilt wurden.
Und keine/r der Verurteilten hat bisher Schadens-Wiedergutmachung beantragt oder gar erhalten.



Grund genug, diese Masche auszutesten und die Firmen Österreich und BRDDR mit Milliarden von Forderungen einzudecken.

Wie rbb korrekt berichtet, muss man sich zuallererst in Amerika bei UCC online registrieren lassen. Das sollte problemlos möglich sein, meint rbb. Ist es aber nicht, denn scheinbar haben deutsche und österreichische Internetprovider den Auftrag bekommen, diese Adressen zu blockieren. Wohl aus gutem und verständlichen Grund? Die Registrierung (das Kundenprofil zu erstellen) sieht - sofern man überhaupt Zugriff bekommt - in etwa so aus: (s. Abb. oben)

Man bekommt diesen Bildschirm aber nur dann, wenn man z. B. eine amerikanische oder englische IP- Adresse verwendet.

Der nächste Schritt ist aber die Übertragung und UCC Angaben an ein Inkassobüro in Malta. Auch logisch, aber es gibt in Malta keinen Ansprechpartner, welcher zum lokalen Gericht pilgert und einen Beschluss für deutsche Schuldner beantragt und dieser dann von der Malta-Justiz bestätigt werden kann.

Die Vorgangsweise ist grandios, aber etwas nebulös und unausgegoren. Aber sie könnte funktionieren. Und die genaue Vorgangsweise sollte -Punkt für Punkt - im Internet oder als Broschüre für jedermann erhältlich sein. Ein Richter/Staatsanwalt wäre dann vor die Wahl gestellt, entweder die Wahrheit und Gesetz zu respektieren oder 500.000 € Strafe zu zahlen. Man streut damit nicht Sand ins Getriebe,sondern ganze Granitgebirge.

Unrechtmäßig verurteilte Revisionisten könnten auf diese Weise auch Genugtuung erlangen und Schadenswiedergutmachung beantragen. Man muss nicht unbedingt Jude oder "Holo-Opfer" sein, um das System nach Strich und Faden zu schädigen.

Komisch, dass noch niemand das gigantische Potential diese Waffe erkannt hat. Jeder deutsche Politiker, der Glyphosat, CETA oder TTIP für gut heißt oder gar unterschreibt, könnte dann mit mindestens einer Million Euro Strafe bedroht werden.

Logisch, dass die gleichgeschaltete System-Lizenz-PreSSe diese Waffe als "terroristisch" einstufen muss.

WER WEIß BITTE MEHR?

http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/08/reichsbuerger-malta-inkasso-richter.html



Masche "Malta-Inkasso" in Brandenburg-Reichsbürger setzen Richter mit Fantasie-Schulden unter Druck

18.08.16

Der letzte legitime Staat ist für die sogenannten Reichsbürger das deutsche Kaiserreich. Die Bundesrepublik lehnen sie ab, wie auch deren Rechtssprechung. Deshalb haben sie vor allem Richter und Justizangestellte im Visier. Die sollen nun horrende Geldsummen zahlen, und zwar an Inkassounternehmen aus Malta.

Die sogenannten Reichsbürger bringen die deutsche Justiz schon länger ins Schwitzen. Bislang fielen sie vor allem durch organisierten Aufruhr in Gerichtssälen auf, um die Justiz zu verunsichern und zu stören. Doch jetzt erzeugen sie psychologischen Druck durch finanzielle Forderungen an Richter, Staatsanwälte und Gerichtsvollzieher. Die sehen sich plötzlich mit fingierten Geldforderungen konfrontiert. Wie der rbb recherchierte, sind mindestens 15 Richter in Brandenburg betroffen. Dazu kommen zahlreiche weitere Bedienstete des Justizapparats, die sich zu den Anschuldigungen aber nicht äußern wollen.

Stellvertretend bestätigt Claudia Odenbreit vom Deutschen Richterbund Brandenburg dem rbb auf Nachfrage: "Die Justizangestellten bekommen tatsächlich Schadensersatzforderungen in immenser Höhe. Aus meiner Sicht sind das Fantasie-Summen, die durch nichts belegt sind." Die Kolleginnnen und Kollegen seien aber sehr verunsichert, zumal die Forderungen von Inkassounternehmen aus Malta gestellt werden, wo sie persönlich vorstellig werden müssten, um sich zu verteidigen.

Siehe dazu auch unsere passende Veröffentlichung:

https://mywakenews.wordpress.com/2016/08/18/bund-system-in-panik-mehr-und-mehr-bundes-firmenangestellten-werden-schadensersatzklagen-aus-malta-zugestellt/

Wer weitere Tippps und Infos hat, bitte an uns senden: redaktion (at) wakenews.net

Vielen Dank!